

10. I



Einig, in stiller Trauer

Noch einmal „weiter so“?

Klima und Soziales: Fatale Signale aus Berlin

VON GEORG ESCHER

Eigentlich wollten die designierten Großkoalitionäre von Union und SPD eisern schweigen über den Stand ihrer Gespräche. Doch so weit reicht die Disziplin offenbar nicht. Dass nun ausgerechnet in der Klimapolitik die Ziele gesenkt werden, ist kein gutes Zeichen.

Zumindest ein Befund ist eindeutig: All die geschwätzigen Unterhändler kommen aus der Union. NRW-Ministerpräsident Armin Laschet machte eine Einigung über die Klimapolitik vorzeitig öffentlich, die CSU stach durch, dass sie die von der SPD geforderte Anhebung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 45 Prozent ablehnt. Diese Geschwätzigkeit erweckt nicht den Eindruck, als hätten die Beteiligten aus den gescheiterten „Jamaika“-Verhandlungen gelernt.

Viel Konsens scheint es ohnehin nicht zu geben. Da ist es besonders ärgerlich, dass sich beide Seiten an einer nicht eben unwichtigen Stelle keine neuen Ziele setzen, sondern die alten Vorgaben einfach mal absenken: bei der Klimapolitik. Wenn das so weitergeht, lässt das vier sehr dröge Jahre erwarten, die den Zulauf zu den politischen Rändern eher noch stärken dürfte.

Nur durchgewurstelt

Schon die vergangene GroKo hat sich nur durchgewurstelt. Es gab keine Überschrift über die Legislaturperiode, keine Ansage, wohin man das Land eigentlich führen wolle. Und natürlich hat das mit dem Stil von Kanzlerin Angela Merkel zu tun, die von sich selbst sagt, dass sie „Schritt für Schritt“ denkt.

Das Entwerfen großer Visionen, Markenzeichen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, ist ihr fremd. Und dass sie den Wählern gar noch erklären würde, warum diese oder jene Entscheidung wichtig und richtig sei, das hat sie in den gesamten zwölf langen Jahren, die sie regiert, noch nie gemacht. Dafür musste oft genug ein „alternativlos“ reichen.

Dass nun bei den Sondierungen als Erstes die Klimaziele unter die Räder kommen, ist nicht nur für die

frühere Umweltministerin Merkel beschämend. Es sendet nicht nur nach innen ein Zeichen des Stillstands. Auch den internationalen Partnern gegenüber wird signalisiert: Der einstige Klimamusterknaube Deutschland (zumindest war das die Eigenwahrnehmung) gibt im Zweifelsfall den Bedenken der Bremser Vorrang. Insbesondere in Nordrhein-Westfalen reichen sich CDU und SPD da die Hand. Beide halten wider alle Vernunft überlange am Kohlebergbau fest, obwohl das gesamtwirtschaftlich schon lange keinen Sinn mehr ergibt.

Kein Modernisierungsschub

Dass die Klimaziele für 2020 aufgrund früherer Versäumnisse kaum noch erreichbar sind, ist dabei allen Beteiligten klar. Doch darüber hinaus kein Signal zu setzen, dass man weiter an einer ehrgeizigen Energiepolitik festhalten will, ist fatal. Es wird damit ein Modernisierungsschub verhindert, es werden völlig falsche Anreize gesetzt. Letztlich ist das für den Standort Deutschland insgesamt schädlich, wenn das Siechtum einer alten Industrie mit überhöhten Subventionen verlängert wird, ohne konsequent eine Erneuerung in die Wege zu leiten.

Wenn sich nun die Union – siehe Steuersätze – auch noch gegen eine Korrektur des zunehmenden sozialen Ungleichgewichts in der Gesellschaft sperrt, braucht die Koalition eigentlich gar nicht mehr antreten. Weitere vier Jahre auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner regieren zu wollen, wäre riskant. Für die beteiligten Parteien, vor allem die SPD, aber auch für das ganze Land. Die Wut derer, die sich an den Rand gedrängt fühlen, würde zusätzlich befeuert. Deutschland könnte dann wirklich instabiler werden.

Noch ist Zeit, das alles zu korrigieren. Es wird bisher nur sondiert. Das wäre eigentlich der Moment, an dem Kanzlerin Merkel als CDU-Chefin ein Zeichen setzen sollte, dass vier Jahre „weiter so“ nicht das Ziel sein können. Doch wie wahrscheinlich ist es, dass sie das tun wird?